Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 83.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf. Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- u. Verkäufe 20 Pf. (Händler und Vermittler 25 Pf.), für auswärts 30 Pfg.
Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an bevorzugter Stelle nach besonderem Tarif.
Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme:
Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).

Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 348. **Donnerstag** 12. Juli 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Der württembergische Landtag wurde nach Annahme der Personentarif-Reform geschlossen.

* Die Antwort des Schweizer Bundesrates auf die letzten Handelsvertragsvorschläge Frankreichs erklärt diese für unannehmbar.

* Der Kassationshof beendete gestern im Dreyfusprozeß seine Beratungen und tritt heute mittag zur Urteilsverkündigung zusammen.

* Gestern mittag 1 Uhr wurde in Sebastopol ein Attentat gegen den Kommandierenden des „Schwarze-Meer-"Geschwaders Admiral Tschukin verübt. Tschukin wurde verwundet und mußte ins Hospital gebracht werden.

* Ein gegen das Leben des ehemaligen Ministerpräsidenten Maura, der zur Zeit auf Majorka weilt, gerichtetes Komplott ist von der Polizei entdeckt worden. Die nach den Balearen abgehenden Schiffe werden daher scharf überwacht.

* Die Leipziger Stadtverordneten erklärten sich in heutiger Sitzung grundsätzlich damit einverstanden, daß das 16. Deutsche Bundesschießen im Jahre 1909 in Leipzig stattfindet.

Altena-Iserlohn.

Der 10. Juli hat der siegesfrohen Zentrumspartei im Wahlkreis Altena-Iserlohn eine schwere Enttäuschung gebracht. Der reaktionäre Ultramontanismus meinte, nachdem sein Kandidat durch die Uneinigkeit des Liberalismus in die Stichwahl gekommen war, mit Hilfe eben dieses ihm sonst todfeindlichen Liberalismus in einem zu 70 Prozent protestantischen Wahlkreis siegen zu müssen. Er ist durch den Ausfall der Wahl vom Gegenteil belehrt worden.

Den Wahlparolen der Nationalliberalen wie der freisinnigen Volkspartei zum Trotz hat sich die Wählerschaft des Wahlkreises in ihrer Mehrheit für den Sozialdemokraten entschieden. Er schien ihr das kleinere Uebel. Es kann nur an der Hand der lokalen Listen nachgeprüft werden, ob es im wesentlichen nationalliberale oder ob es vor allem freisinnige Wähler waren, die diesen Ausgang der Wahl herbeiführten. Im ersten Wahlgang hatten Stimmen erhalten: der Sozialdemokrat 10 546, der Zentrumsmann 7734, der Freisinnige 7686, der Nationalliberale 6552, der Christlichsoziale 1637. Die drei bürgerlichen Parteien hatten sich für die Stichwahl zugunsten des Zentrums entschieden. Das hätte bei der gleichen Wahlbeteiligung in der Stichwahl für den Zentrumskandidaten 23 609 Stimmen ergeben können. Statt dessen hat die Stichwahl dem Zentrumskandidaten nur 14 068 Stimmen gebracht, dem Sozialdemokraten 15 884. Er geht mit der immerhin respektablen Mehrheit von 1816 Stimmen aus dem Wahlkampfe hervor. Selbst wenn die Annahme auf Wahrheit beruht, die gleich nach der Hauptwahl kolportiert wurde, es hätten im ersten Wahlgang etwa 1500 Sozialdemokraten für das Zentrum votiert, um ihm damit die Stichwahl zu sichern, und diese 1500 Stimmen nun nur auf den Sozialdemokraten zurückgefallen wären, so bliebe doch immer noch bestehen, daß dem Sozialdemokraten 3888 ursprünglich bürgerliche Stimmen zugefallen sind, dem Zentrum 6334 statt der durch die Wahlparolen auf seine Kandidatur dirigierten 15 875! In diesem Maße hat also die Wahltaktik der bürgerlichen Parteien versagt. Noch nicht 50 Prozent der Wähler haben ihr Folge geleistet. Und — man kann sich darüber auch nicht einmal wundern.

Die große Masse der Wählerschaft handelt bei Stichwahlen nicht aus parteitaktischen Erwägungen heraus, wie sie sich den politisch führenden Männern ergeben. Für die große Masse ist und bleibt eine Wahl, zumal eine Stichwahl, Stimmungssache. Da ist es denn kein Wunder, daß eine zu 70 Prozent protestantische Bevölkerung keine Neigung verspürt, den Kandidaten einer Partei zu wählen, der ihr in erster Linie als Vertreter einer konfessionellen Partei erscheint. Wie in einer überwiegend katholischen Gegend es undenkbar wäre, daß einem Sozialdemokraten gegenüber ein ausgesprochener Anhänger des Evangelischen Bundes zum Sieg gelangt, so wenig hier ein Zentrumsmann, der als Vorkämpfer des Katholizismus erscheint. Gewiß hinkt dieser Vergleich, weil der Evangelische Bund keine politische Partei im Sinne des Zentrums ist; allein der Vergleichungsbegriff liegt hier in dem prononcierten konfessionellen Standpunkt; und dieser ist zweifellos gerade in diesem stramm protestantischen Teil von Westfalen für die Wählermasse von entscheidender Bedeutung gewesen. Man empört sich innerlich dagegen, einem Vorkämpfer des Katholizismus mit protestantischer Hilfe zum Sieg verhelfen zu sollen. Man läßt lieber einen Sozialdemokraten mehr in den Reichstag kommen, als daß man das Odium auf sich haben wollte, als Protestant für das Zentrum zu stimmen. Aehnlich war es ja auch schon in Essen, wo die nationalliberale Stichwahlparole zugunsten des Zentrums schlecht befolgt wurde.

Ein anderer Teil der liberalen Wählerschaft mag von mehr politischen Gesichtspunkten ausgegangen sein. Er erblickte in einer weiteren Stärkung der Zentrumsmacht das größere Uebel. Dies um so mehr, als das Zentrum in seinem vorzeitigen Siegesjubel schon die ultramontanen Bäume in den Himmel wachsen sah, das heißt, damit rechnete, ähnlich wie in Altena-Iserlohn noch in weiteren überwiegend protestantischen Kreisen in die Stichwahl kommen und dann siegen zu können. Die „Germania" hatte diese Hoffnung vor wenigen Tagen in kindlicher, aber um so mehr dankenswerter Offenheit ausgeplaudert. Sie entwarf einen regelrechten Feldzugsplan, nach dem in der gleichen Weise wie in Altena-Iserlohn im Jahre 1908 zunächst folgende Wahlkreise erobert werden sollten: Danzig-Stadt, Danzig-Land, Marienwerder, Deutsch-Krone, Breslau-Land, Wiesbaden, Solingen, Worms, Usig, Bingen. Sie trogen alle mehr oder weniger die parteipolitische Struktur, daß eine Zentrumsminderheit, die niemals aus eigener Kraft siegen könnte, durch die Stimmenzersplitterung der bürgerlichen Parteien in die Stichwahl mit der Sozialdemokratie kommen kann und daß dann der Ruf zur Sammlung der „bürgerlichen Parteien" gegen die „Umsturzpartei" dem hohnlächelnden Zentrum den Sieg sichert. Welche Gefahr mit einer solchen Taktik unserem ganzen politischen Leben droht, liegt klar auf der Hand.

Die schon jetzt unerträgliche Zentrumsherrschaft würde auf diese Weise immer weiter wachsen, immer mehr befestigt werden. Liegt es bereits heute so, daß jede Gesetzesvorlage im Reichstag vom Zentrum abhängig ist, daß die Regierung es kaum noch wagt, mit Entschiedenheit gegen die Zentrumswünsche aufzutreten, vielmehr auf Schritt und Tritt Rücksicht auf sie nimmt, so würde durch die Eroberung an sich in ihrer konfessionellen Struktur dem Zentrum gar nicht nahe liegender Wahlkreise dieser Zustand des politischen und geistigen Terrorismus des Zentrums in Deutschland in bisher noch ungeahnter Weise zunehmen. Diese Ambition des Zentrums wird ja durch die Niederlage in Altena-Iserlohn nicht vernichtet werden. Sie setzt ihr aber einen Dämpfer auf. Sie zeigt der Zentrumspartei, daß man in der Wählerschaft durchaus nicht geneigt ist, von vornherein und überall die Sozialdemokratie als das größere Uebel anzusehen. Auch dann nicht, wenn die politisch führenden Kreise an sich die Parole zugunsten des Zentrums ausgeben.

In dieser dem Zentrum erteilten Lektion liegt aber auch für die, die in Altena-Iserlohn aus taktischen oder prinzipiellen Gründen einen Sieg des Zentrums wünschten, etwas Heilsames. Es kann und soll sie anspornen, alles daran zu setzen, daß durch kluges Verhalten vor der Hauptwahl in Wahlkreisen mit Zentrumsminderheiten der Fall nicht wieder eintritt, daß es zu einer Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie kommt. Vor allem wird der Liberalismus dies zu beherzigen haben. Auf das Konto seiner Zersplitterung kommt neben dem zentrumsfreundlichen Vorgehen der Christlichsozialen die Schuld, daß jetzt Altena-Iserlohn an die Sozialdemokratie fällt. Denn ohne den Bruderkampf zwischen Nationalliberalismus und Freisinn wäre diese Stichwahlkonstellation nicht möglich gewesen; wie denn diese Zersplitterung auch schuld gewesen wäre an einem Zentrumssieg. Wird man denn daraus nicht endlich klug werden? Wird man nicht endlich einsehen, daß die unser ganzes modernes Staatswesen bedrohende Alternative „Zentrum oder Sozialdemokratie" den Liberalismus drängt, einig zu werden?

Die Möglichkeit, sofort eine praktische Lehre aus der Wahl von Altena-Iserlohn zu ziehen, ist gegeben. In Hagen, dem alten Wahlkreis Eugen Richters, droht die gleiche Gefahr wie in Altena-Iserlohn. Noch sind zehn Tage Zeit, um zwischen den sich bekämpfenden liberalen Parteien eine Einigung herbeizuführen. Wäre sie nicht möglich, indem der Nationalliberale zugunsten des Freisinnigen zurücktritt und dafür der Freisinn in Minteln-Hofgeismar die durchaus nicht aussichtslose nationalliberale Kandidatur unterstützt? Höher als das Fraktionsinteresse muß das Bekenntnis zum Liberalismus stehen. Hier ist Gelegenheit, dafür ein Zeugnis abzulegen. Hat man diese Bahn aber erst einmal betreten, dann wird es auch leichter werden, sie bei den Wahlen von 1908 zu befolgen. Und nur diese Bahn führt zum Heil unseres Vaterlandes glücklich hindurch zwischen der Scylla Zentrum und der Charybdis Sozialdemokratie.

Deutsches Reich.

Leipzig, 12. Juli.

* **Mitteleuropäische Wirtschaftsvereine.** Jüngst sind Nachrichten über die erste internationale Tagung der drei Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine in Deutschland, Oesterreich und Ungarn durch die Presse gegangen. Diese bedürfen einer Berichtigung. Die erste internationale Konferenz der drei Vereine, von denen der deutsche unter dem Präsidium des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der österreichische unter dem des früheren österreichischen Finanzministers Dr. v. Plener und der ungarische unter dem des gegenwärtigen ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Wekerle steht, findet am 26. und 27. Oktober in Wien statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Themen „Zollschiedsgerichte", „Vereinfachung der Formalitäten bei der Waren-Ein- und Ausfuhr", „Ausbau des Postvertrages zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reich". Ueberdies sollen die Beziehungen und gemeinsamen Interessen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns gegenüber den Vereinigten Staaten erörtert werden. Vorbereitet wird die Tagung deutscherseits durch den Vizepräsidenten des deutschen Vereins Professor Dr. Julius Wolf in Breslau.

* **Prinz Arenberg über seine Norderney-Reise.** In der „N. G. K." berichtet deren Herausgeber von einem Gespräch, das er mit dem bekannten Politiker Prinzen Franz Arenberg hatte, und dessen Gegenstand die viel besprochene Reise des Prinzen zum Reichskanzler Fürsten Bülow nach Norderney bildete: Prinz Arenberg betonte mit Entschiedenheit, daß dieser Reise durchaus der politische Charakter gefehlt habe, den man ihr hier und dort in der Presse beigelegt habe. Prinz Arenberg und Fürst Bülow sind seit 36 Jahren eng mit einander befreundet. Er sagte: Daß unser Gespräch auch die Politik gestreift hat, ist ganz natürlich. Aber ich wiederhole, daß die Politik nicht die Ursache meines Besuches war. Vollkommen unrichtig, rein aus der Luft gegriffen, ist namentlich die Behauptung, daß meine Reise irgendwie mit den kolonialen Affären im Zusammenhang gestanden habe. Als Referent über den Etat des Auswärtigen Amtes, also auch des Kolonialetat, im Reichstage sehe ich es für meine Pflicht an, vorderhand jede Stellungnahme zu den Anschuldigungen zu vermeiden, die in letzter Zeit gegen die Kolonialverwaltung erhoben worden sind, und zu den Erwiderungen auf diese Anschuldigungen. Ich weiß darüber selbst nicht mehr, als in den Zeitungen steht." Auf die Frage, welchen Eindruck er von der gegen die Kolonialleitung geführten Fehde habe, erwiderte Prinz Arenberg daher auch nur, seiner Meinung nach sei hier, wie überall, anscheinend Wahres mit Falschem vermischt. Erst im November, wenn der Reichstag wieder zusammentrete, und die vom Abgeordneten Erzberger und einigen Zeitungen erhobenen Anklagen ja ohne Zweifel zur Sprache gebracht werden würden, könne es möglich sein, zu erkennen, wie viel an ihnen wahr, und was falsch ist. Dabei erinnerte Prinz Arenberg an die früher in bezug auf die Dualla-Bahnen vorgebrachten Beschuldigungen, von denen bei näherem Zusehen nichts, aber auch gar nichts übrig geblieben sei, obwohl die Reichstagskommission sehr sorgfältig verfahren sei und ja unter anderem auch den Geheimen Kommerzienrat Lenz vernommen habe. Prinz Arenberg erklärte noch, daß man hier umsomehr gegenwärtig mit seinem Urteile zurückhalten müsse, als der Reichskanzler Fürst Bülow mit größter Energie die Aufklärung der streitigen Fragen betreibe und entschlossen sei, unnachsichtlich alle Beamten zur Verantwortung zu ziehen, die sich etwaiger Verfehlungen schuldig gemacht hätten. Auch über die angeblichen Fälle von Mißhandlungen Untergebener und Meutereien in Südwestafrika lasse der Reichskanzler zurzeit die genauesten Erhebungen veranstalten. Das Resultat dieser Untersuchungen werde — mit Ausnahme vielleicht der auf Südwestafrika bezüglichen — voraussichtlich schon im November dem Reichstage zugänglich gemacht werden. Es erscheine ihm für jedermann angebracht, so bemerkte Prinz Arenberg zum Schlusse, keine Kritik zu fällen, bis nicht dieses Material gesammelt zur Einsicht vorliege.

* **Der Hilfsausschuß für die notleidenden Deutschen Rußlands** hielt am 5. Juli in Berlin eine Plenarsitzung ab, in der die Geschäftsführung über ihre Tätigkeit in den letzten Monaten berichtete. Bis zum 1. Juli 1906 waren insgesamt eingegangen 682 933,28 ℳ, wovon 487 007,12 ℳ bisher verausgabt worden sind. Von dieser Summe wurden 198 100 ℳ nach den baltischen Provinzen gesandt, 57 351,50 ℳ für die Deutschen im übrigen Rußland verwandt, während insgesamt 58 982,80 ℳ Unterstützungen an Flüchtlinge in Berlin ausgezahlt wurden. Außerdem wurden 210 bedürftige baltische Studenten, welche in diesem Sommer-Semester deutsche Universitäten und Hochschulen besuchen, bisher mit zusammen 34 275,30 ℳ unterstützt; bis zum Semesterschluß sind hierfür noch weitere 15 594,70 ℳ erforderlich. Da sich verschiedentlich das Gerücht verbreitet hatte, daß sich der Hilfsausschuß demnächst aufzulösen beabsichtige, wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Nachrichten aus Rußland und insbesondere aus den baltischen Provinzen darauf deuten, daß vielleicht schon in den nächsten Monaten der Ausbruch neuer Unruhen bevorstehe, von denen zu befürchten sei, daß sie einen viel größeren Umfang annehmen würden, als die des vorigen Jahres. Natürlich würde dadurch die Tätigkeit des Hilfsausschusses von neuem in Anspruch genommen werden. Bevor in dieser Beziehung Klärung eingetreten sei, könne an eine Auflösung des Hilfsausschusses nicht gedacht werden. Ebenso empfiehlt es sich, die Summe von etwa 175 000 ℳ, über die der Hilfsausschuß gegenwärtig noch verfügen kann, nach Möglichkeit für etwaigen Bedarf im Herbst zurückzubehalten. — Von Mitgliedern des Ausschusses, die einerseits die baltischen Provinzen, andererseits Südrußland und das Wolgagebiet in letzter Zeit bereist hatten, wurde festgestellt, daß es dem Hilfsausschuß vielfach gelungen sei, die vorhandene Not zu lindern, daß aber in manchen Gegenden noch starke Notstände vorhanden seien, deren Verschärfung durch Wiederausbruch der revolutionären Bewegung sehr befürchtet wird.

* **Schluß des württembergischen Landtages.** Die Kammer der Standesherren stimmte der Denkschrift über die Personentarifreform zu und nahm die Gesetzentwürfe über die Gemeinde- und Bezirksordnung und über die Gewerbe- und Handelsschulen einstimmig an. Der Landtag wurde sodann vertagt.

* **Der Dank des Königs von Württemberg.** Der württembergische „Staatsanzeiger" veröffentlicht ein gestern von Schloß Friedrichshafen aus an den Präsidenten des Staatsministeriums Dr. von Breitling gerichtetes Handschreiben des Königs, in welchem der König den Minister zu der Vollendung der Verfassungsrevision, welche dieser mit pflichttreuer Hingebung, selbst unter Hintansetzung seiner Gesundheit, und mit staatsmännischem Geschick zu verwirklichen verstanden habe, aufrichtig beglückwünscht, ihm seinen warmen Dank und seine volle Anerkennung ausspricht und ihn unter der Versicherung seines fortdauernden Wohlwollens bittet, als äußeres Zeichen seiner dankbaren Gesinnung seine Büste entgegenzunehmen.

* **Des Zentrums Rache.** Wie uns ein Privattelegramm aus Hagen meldet, beschloß die Wahlleitung der Zentrumspartei im Wahlkreis Hagen-Schwelm infolge des Verhaltens der beteiligten liberalen Parteien bei der Stichwahl in Altena-Iserlohn die Zentrumswähler des Wahlkreises aufzufordern, bei der in Hagen-Schwelm bevorstehenden Stichwahl zwischen der Sozialdemokratie und den Freisinnigen nicht für den Freisinnigen zu stimmen. — Mit anderen Worten: das Zentrum will aus Rache dafür, daß es einem Sozialdemokraten in Altena-Iserlohn unterlag, in Hagen der Sozialdemokratie das Mandat überliefern, das bisher Eugen Richter inne hatte. Und der Umstand, daß ein solcher Beschluß, der erst für die Stichwahl Bedeutung hat, schon jetzt, zehn Tage vor der Hauptwahl gefaßt wird, zeigt, wie eilig es die Vertreter der schwarzen Internationale haben, der roten Internationale das Siegesfeld einzuräumen. Man wird daraus mit Recht der Zentrumsleitung einen schweren Vorwurf machen können. Denn während die Parteileitungen der Nationalliberalen und der Freisinnigen die Parole für das Zentrum ausgaben, stellt sich hier die Zentrumsleitung sofort gegen den liberalen Kandidaten, der nur „voraussichtlich" in die Stichwahl kommt.

* **Rosenberg.** Wie der „Hannoversche Courier" aus Altona erfährt, ist die Untersuchung gegen den Anarchisten Rosenberg auf den toten Punkt angelangt. Alle bisherigen telegraphischen Erkundigungen sowie umfangreichen Zeugenvernehmungen und die Beschlagnahme der Korrespondenz Rosenbergs haben keinerlei Schuldbeweise für den Verhafteten ergeben. Die Entscheidung über den von Rosenberg gestellten Haftentlassungsantrag soll nach Eingang der amerikanischen Post getroffen werden.

* **Eine fette Ente.** Einige Zeitungen hatten nach einem slowenischen Organ in Laibach mitgeteilt, daß ein großherzoglich-mecklenburgischer Besitz in Steiermark an den Laibacher Slowenen Ivan Knez um 1½ Millionen Kronen verkauft sei. Wie aus dem Kabinett des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin dazu mitgeteilt wird, beruht die Nachricht schon deshalb völlig auf Erfindung, weil der Großherzog in Steiermark niemals Güter besessen hat. (!!)

* **Ein antisozialdemokratischer Arbeiterverein in Crimmitschau.** In Crimmitschau wurde vor drei Jahren nach der furchtbaren Streikniederlage des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ein „Nationaler Arbeiter-Unterstützungsverein" unter der Weberschaft gegründet. Heute zählt er die stattliche Anzahl von 1800 Mitgliedern. Der Vorsitzende sagte beim diesjährigen Sommerfest u. a: Die Zunahme unseres Vereins beweist, daß immer mehr Arbeiter die sozialdemokratische Organisation als überflüssig betrachten und vertrauensvoll mit den Arbeitgebern zusammengehen. Der König von Sachsen beantwortete das an ihn gesandte Huldigungstelegramm auf das herzlichste.

S. K. **Buchdruckertarif.** Wie andere Buchdruckervereinigungen verhält sich auch der Thüringer Zeitungsverlegerverein der von den Gehilfen geforderten Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit (gegenwärtig 22.50 ℳ Wochenlohn und Neunstundentag) gegenüber ablehnend. Auf einer in Weimar abgehaltenen Versammlung begründete er dies damit, daß an die Provinzpresse von Jahr zu Jahr größere Ansprüche gestellt würden, die eine weitere Belastung der Lokalpresse nicht gestatteten.

* **Zu der Frage der Gerichtsgemeinschaft zwischen Weimar und Reuß** wird uns aus Gera geschrieben: In der Angelegenheit der geplanten Aufhebung der Gerichtsgemeinschaft zwischen Weimar und Reuß j. L. veröffentlicht die reußische Regierung eine umfangreiche „Aufklärung", in der eine aktenmäßige Darstellung der Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen in dieser Sache gegeben wird. Danach hat allerdings die reußische Regierung fortgesetzt dem weimarischen Staate Konzessionen gemacht und immer wieder ihre Geneigtheit zur Fortsetzung der Gemeinschaft erklärt. Als letzte Differenz kommen drei Dinge in Frage: 1) die Anerkennung Weimars, daß bei dem Inkraftsetzen des Vertrages die neue achte Landrichterstelle zu besetzen sei, 2) daß sich die Verpflichtung Weimars zur teilweisen Mietentschädigung für die nach Ablauf des bestehenden Vertrages weiter dem Landgericht zur Verfügung zu stellenden Räume vorläufig nur auf zwei Zimmer beziehe, 3) daß die Tagesbauschkosten für die Haftkosten im Betrage von 75 ₰ für Untersuchungs- und Zivilgefangene und 1 ℳ für die Strafgefangenen die außerordentlichen Aufwendungen (für Arzt, Apotheke usw.) nicht umfassen. Die jährlichen Aufwendungen Weimars zu 2 würden sich auf ca. 85 ℳ, die zu 3 auf ca. 35 ℳ belaufen. Die Reußische Regierung meint schließlich, daß die für die Fortsetzung des Vertrages angenommenen Bedingungen für Reuß eher noch ungünstiger als die des alten Vertrages seien. Von den ursprünglich von Reuß aufgestellten und von ihr auch heute noch als gerecht gehaltenen Forderungen seien sehr wenige übrig geblieben, ihre Konzessionen seien ganz erheblich (Verzicht auf das alternative Besetzungsrecht des 2. Direktors, auf anteilige Wertsentschädigung für die zeitherigen Geschäftsräume, die Berechnung der Haftkosten nach Bauschsätzen statt nach Durchschnittssätzen, Abschluß des Vertrags auf 25 statt auf 10 Jahre) gegenüber den geringfügigen der Weimarischen Regierung. Bei Abschluß des Vertrages im Jahre 1878 waren an der Gemeinschaft beteiligt Weimar mit 50 205 Einwohnern (35 Proz. der Beitragspflicht), Reuß mit 92 375 Einwohnern (65 Proz.). Heute haben sich diese Zahlen erheblich verschoben: Weimar mit 54 622 Einwohnern — 27,7 Proz., Reuß mit 139 210 Einwohnern — 72,3 Proz. — An Weimar wird es nun liegen, zu dieser „Aufklärung" Stellung zu nehmen. Allem Anscheine nach wird Reuß nicht die Hand zu nochmaligen Verhandlungen bieten.

* **Graf Pückler auf die Festung zurück.** Der Appell der Presse an die Behörden, dem Unfug zu steuern, den Graf Pückler trotz der an ihm zu vollstreckenden Freiheitsstrafe fortgesetzt anrichtet, scheint endlich Erfolg gehabt zu haben. Kurz vor seinem Auftreten in einer auf Dienstag abend in Berlin angesetzten Versammlung wurde Graf Pückler auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft aus seinem Hotel abgeholt und nach Weichselmünde in seine Festungshaft zurückgebracht.

* **Kleine politische Nachrichten.** Die Stadt „Hechingen" und die „Gefürstete Grafschaft Hohenzollern" feierten am Montag das 200jährige Jubiläum ihrer ersten Huldigung für den König von Preußen. — An den Kaiser wurde namens der „ältesten Zollernstadt" ein Huldigungstelegramm gesandt. — Reichstags-Abgeordneter Bassermann feiert heute seine silberne Hochzeit. — Die Erhöhung der Bierpreise zeigt in Mainz ihre Folgen in der Abnahme des Konsums beim Flaschenbier: der Verkauf ist ganz erheblich zurückgegangen. — Auf der Tagung der „Internationalen sozialistischen Kommission" in London wird weder Bebel (trotz Aufforderung) noch Singer erscheinen. Von seiten des deutschen Fraktionsvorstandes ist „Genosse" Molkenbuhr mit der Vertretung der Fraktion beauftragt worden.

*

* **Hamburg,** 11. Juli. In der Klagesache der Hamburg-Amerika Linie gegen 127 Schauerleute auf Schadenersatz wegen Vertragbruchs, weil sie am 1. Mai ohne Urlaub von der Arbeit fortgeblieben waren, wurde heute, nachdem am 21. Juni durch Zwischenurteil der Vertragbruch festgestellt worden war, über die Höhe der von Beklagten zu zahlenden Summe verhandelt. Der die Gesellschaft vertretende Inspektor Theile erklärte sich, da es der Hamburg-Amerika Linie nicht so sehr auf die Höhe der zu zahlenden Summe ankomme als auf das Prinzip, auf den Vorschlag des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Amtsrichters Boysen, mit der Zahlung von je 20 ℳ zufrieden, obwohl der Schaden beträchtlich größer sei, als die von der Hamburg-Amerika Linie geforderten 12 000 ℳ. Den Vorschlag lehnte der Vertreter der Beklagten ab, der jede Schuld bestritt. Das Gericht beschloß, einen neuen Termin auf den 19. September anzusetzen, auf dem die Hamburg-Amerika Linie ihren Schaden genau begründen soll. Die Beklagten lehnen jeden Vergleichsvorschlag ab, um sich die Möglichkeit zu wahren, sich an ein höheres Gericht zu wenden.

SLUB
Wir führen Wissen.